

Zusammenstellung zur Zivilklausel - Status und Probleme

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN



Dietrich Schulze 01.03.2015

- **Aachen:** Nach Aufdeckung der Militärforschungsk Kooperation der RWTH mit einem Fraunhofer-Institut fand im Oktober 2012 ein ermutigendes Podium unter dem Titel „Hochschulen zivilisieren!“ statt. RWTH-Rektor und TU9-Präsident Schmachtenberg gelang es in einem zweiten Podium die Zivilklausel-Unterstützer um die Grüne Hochschulgruppe und den Aachener Friedenspreis abzubügeln. Letzterer sorgt mit der Preisverleihung an bundeswehrfreie Schulen für viel Aufregung bei der Gegenseite. Im Juni 2013 fordert auch die Studierendenschaft der Fachhochschule Aachen, dass die FH ihre Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit anerkennt.
- **Augsburg:** Der vorbildliche Studierendenvorschlag von 2012 für eine Zivil- und Transparenzklausel - konträr zu dem neben der Uni entstehenden Rüstungspark (genannt „Innovationspark“) - genießt vielfältige Unterstützung. Uni-Präsidentin Sabine Doering-Manteuffel ist noch nicht einmal zu einem offenen Gespräch bereit. Die Sorgen der Studierenden müssen hinter den Interessen der Rüstungswirtschaft zurück stehen, logisch ... oder? Die Studierenden sind trotz Maulkörben mit vielfältigen Aktionen incl. Ostermarsch-Reden und einem Thesen-Anschlag am Rathaus zusammen mit der „Initiative Friedliche Uni Augsburg“ und dem „Forum solidarisches und friedliches Augsburg“ am Ball geblieben. Im Januar 2015 haben in einer Studierenden-Vollversammlung 83 Prozent für ausschließlich friedliche Forschung votiert, und dafür, die eingeworbenen Drittmittel von Firmen und deren Verwendung offen zu legen.
- **Berlin:** Die TU hat eine der ältesten mit Erfolg praktizierten Zivilklauseln, was nicht heißt, dass die langjährige kontrollierte Zivilorientierung nicht gestört worden wäre. Der Akademische Senat hat kürzlich eine Gleichverteilung seiner Statusgruppensitze (Viertelparität Profs, akad. Mitarbeiter, Studis, Mitarbeiter) beschlossen. Der AStA der FU hatte bei einer Urabstimmung im Januar 2011 von den Studierenden große Zustimmung für die Zivilklausel erhalten. Ein längeres Hin und Her mit Kompromiss- und Alibi-Texten für eine Zivilklausel am FU OSI (Kriegsforschung SFB 700) wurde mit einer deutlichen Ablehnung im Fachbereichsrat vorerst beendet. An der HU musste im April 2013 eine Kriegs-Ermunterungsrede von Bundesminister de Misère aufgrund von nicht enden wollendem Beifall zum Leidwesen des Rektors ergebnislos beendet werden. Im Februar 2013 gab es an der TU ein bemerkenswertes Podium „Zivilklausel in Zeiten der Militarisation von Hochschulen und Gesellschaft“ von der „Berlin/Brandenburg Initiative für Zivilklausel“ u.a. mit Rita Süssmuth. Im Dezember 2014 berichtete eine Studi-Gruppe der HTW Berlin, dass sie die Initiative "Cyberpeace" unterstützen will und sich für die Einführung einer Zivilklausel an der HTW einsetzt. Der TU-AStA war Gastgeber des Berliner Zivilklausel-Arbeitstreffens im Januar 2015. Dort gab es weder von der FU noch von der HU TeilnehmerInnen, die hätten berichten können. Dafür wurden alle voll entschädigt aufgrund der Teilnahme der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe.
- **Bielefeld:** An der Uni selbst gibt es bisher keine Zivilklausel-Aktivitäten. Jedoch sind Studierende in Vernetzungen tätig, z.B. über die Schlussfolgerungen für die NRW-Hochschulen aus dem im September 2014 beschlossenen NRW-Hochschulgesetz mit einer tendenziellen Abkehr von der „unternehmerischen Hochschule“ und mit geforderten Beiträgen „zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt“.
- **Bochum:** Das wird überraschen: 1984 hatte die Ruhr-Uni eine Zivilklausel eingeführt, die aber 2002 wieder abgeschafft wurde. Es gab mehrfach Podien gegen die Rüstungsforschung der Uni sowie Proteste gegen Bundeswehr-Werbung und Bonding-Messe. Aus dem Ausgrabungsprojekt der Zivilklausel 1984-2002 ist bis dato nichts geworden. Dagegen setzte die Uni im Januar 2015 als erste die NRW-Vorgaben des Hochschulzukunftsgesetzes in die neue Grundordnung um.
- **Braunschweig:** Der AStA der TU war Gastgeber einer ersten bundesweiten Zivilklausel-Konferenz im Mai 2011 und kümmert sich um eine wichtige Mailingliste. Pläne für eine Urabstimmung über die Zivilklausel wie sie im Januar 2013 in Kassel und im Juni 2013 in Kiel erfolgreich waren, konnten noch nicht realisiert werden. Dabei hätte es spätestens ab Ende 2013 einen guten Grund gegeben, weil die Uni an Pentagon-Forschung beteiligt war.
- **Bremen:** Die Uni galt einst als „rote Kaderschmiede“ und hatte schon 1986 eine Zivilklausel. Am Rüstungsstandort wurde gegen diese unter Rektor Winfried Müller zwar verstoßen, aber die weitergehende Erpressungstaktik des Weltraum-Konzerns OHB („Stiftungsprofessur oder Zivilklausel streichen!“) ging aufgrund eines breit gefächerten Widerstands daneben. Dadurch wurde allerdings auch der Ruf nach mehr Verbindlichkeit mittels einer Zivilklausel für das Bremische Hochschulgesetz befördert, umso mehr als die

OHB-Stiftungsprofessur dennoch eingerichtet und mit einem Uni-Zentrum für Angewandte Weltraumforschung und Mikrogravitation (ZARM) ergänzt wurde. Die Warnungen vor einer gesetzlichen „Friedensklausele“ als Rüstungsforschungs-Alibi wurden von der Hochschule Bremen bestätigt, die nachweislich in Rüstungsforschung verwickelt war und den Beschluss im Juni 2012 für eine eigene Zivilklausele ausdrücklichen mit der Ablehnung eines Landesgesetzes verbunden hatte. Im Januar 2015 legte die Rot-Grüne Landesregierung eine Hochschulgesetznovelle mit einer Zivil- und Transparenzklausele vor, die von den Hochschul-Leitungen entschieden bekämpft wird.

• **Bremerhaven:** Die Hochschule hat mit gleicher Intention wie die in Bremen eine Zivilklausele beschlossen. Damit haben alle Bremer Hochschulen selbstverpflichtende Zivilklauseln. Woher kommen die akademischen Besorgnisse vor einer gesetzlichen Regelung? Werden im Falle von Verstößen Konsequenzen befürchtet?

• **Darmstadt:** Bei der TU gab es eine eindeutige Geschäftsgrundlage, nämlich eine seit 1973 per Konventsbeschluss besiegelte Zivilklausele. Ähnlich wie in Konstanz war diese im Uni-Alltag so nicht bekannt, als die Studis 2011 die Forderung erhoben. Im Oktober 2012 wurde der Konventsbeschluss durch eine Zivilklausele für die Grundordnung abgelöst, verbunden mit Umsetzungsleitlinien unter Einschluss einer rechtlichen Würdigung, wieso der Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit verfassungsrechtlich nicht unzulässig ist. Das alles klingt gut. Aufgrund eines NDR-Berichts wurde aber bekannt, dass das Pentagon 2011 200.000 Dollar für Forschung zur Optimierung von Flugzeugtragflächen zahlte. Dass das Pentagon ein direktes militärisches Interesse an Großflugzeugen hat, ließ der TU-Sprecher nicht gelten. Es gehe um „öko-effizientes Fliegen“ und wertfreie Grundlagenforschung. Das war ein klarer Verstoß gegen den Konventsbeschluss von 1973. Im Uni-Magazin hoch3 vom April 2014 wird das selbst von den Studi-Vertretern nicht zurückgewiesen, obwohl der betroffene Wissenschaftler großspurig erklärt hatte, dass er das wieder machen würde.

• **Dortmund:** An dieser TU treibt die Intransparenz besondere Blüten. Seit 1991 gibt es eine Zivilklausele. Bei einer NatWiss-Umfrage 2010 von Natascha Bisbis bestätigte das die Pressesprecherin und erklärte dazu, dass „Kopien oder Textauszüge des Beschlusses, sowie das Datum des Beschlusses geheim bleiben.“ Fest steht, dass wehrmedizinische Forschung im Zeitraum 2000-2004 vom BMVg finanziert wurde. Ein weiteres interessantes Ausgrabungsobjekt, das es verdient hat, das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken.

• **Dresden:** Die TU ist die inzwischen traditionelle Spielwiese der Rüstungsschmiede Thyssen-Krupp. Gegen deren Werbeauftritte protestieren Studierende regelmäßig. Vor zwei Jahren Vortragsveranstaltung des Studierendenrats über Militärforschung/Zivilklausele. Die Studis kämpften 2013 gegen die Folgen der massiven Mittelkürzungen, z.B. mit mehrwöchigen Besetzungsaktionen und dem Abschluss-Konzert "Abrissparty mit Mengenrabatz". Damals erschien es nachvollziehbar, dass die Zivilklausele vorerst in den Hintergrund getreten war. Ein weiterer Beleg für die dringende Notwendigkeit ausreichender staatlicher Grundfinanzierung für gute Bildung als auch Lernen für den Frieden. Die Zivilklausele-Debatte harret ihrer Wiederauferstehung an der TU.

• **Duisburg-Essen:** "Forschen für den Krieg?" Essay des Uni-AStA-Referenten für Hochschulpolitik in der Studi-Zeitung ak[due]ll im Juli 2014 über die Konjunktur für die Zivilklausele. Optimismus tut gut. Was wird daraus an der Uni? Hintergrund: Campusgrün NRW hatte im November 2011 „Transparente Forschung und Einführung von Zivilklauseln“ gefordert. Namentlich die Grünen Hochschulgruppen an den Unis Aachen, Bonn, Duisburg-Essen, Düsseldorf, Köln, Münster, Paderborn und Wuppertal forderten eine landesweite Zivilklausele, die jede Militär- und Rüstungsforschung und Kooperation mit Rüstungsunternehmen ausschließt.

• **Düsseldorf:** Seit 2011 gibt es aufgrund des Engagements von Studierenden und des Politikwissenschaftlers Hartwig Hummel an der Heinrich-Heine-Universität eine Initiative für die Zivilklausele, in der ProfessorInnen, Mittelbau, Studierendenschaft und DFG-VK zusammen arbeiten. Die gemeinsame Überzeugung im Kampf um das Friedensbekenntnis der Uni: Fraglos wäre Heine für eine Zivilklausele eingetreten. Im Juni 2014 gab es an der Uni eine Veranstaltung von Initiative Hochschulen den Frieden und BdWi „Zivilklausele oder Militärdiktat? Fragen nachhaltiger Forschung und Lehre“. Kurz danach verlangte die pink-grünen Liste zur Wahl des HHU-Studierendenparlaments eine Urabstimmung zur Zivilklausele.

• **Emden/Leer:** Der Senat der Hochschule beschloss im Februar 2014 für die Präambel der Grundordnung eine Zivilklausele. Witzigerweise sind keinerlei Statements von AStA oder Studierenden vorher und nachher bekannt geworden.

• **Erlangen-Nürnberg:** Die Studierenden-Vertretung fordert die Verankerung einer Zivilklausele im Leitbild der Friedrich-Alexander-Universität, transparente Drittmittelvergabe, offene Diskussionskultur, Bewusstsein für die Tragweite der eigenen Forschung, Übernahme von zivilgesellschaftlicher Verantwortung. Unter-

stützung von Sabine Schiffer, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung in Erlangen, in einem jW-Interview: „Der konkrete Widerstand wird immer wichtiger“. Podium im April 2013 mit Partei-VertreterInnen, FifF und Uni-Vize für Forschung und Lehre, Joachim Hornegger.

• **Frankfurt a.M.:** Im Februar 2013 wurde die Zivilklausel der Goethe-Uni rechtskräftig. Die wichtigste Etappe des vorbildlichen Kampfes dafür war die Urabstimmung im Januar 2012 mit einer Zustimmungquote von 76 %. Dem waren seit 2010 intensivste Aufklärung der Studierenden und kluge Verhandlungen mit der Uni-Leitung vorausgegangen, die mit der Initiative um die GEW-Studierendengruppe ihren Ausgang nahm. In ihrer wehleidigen Klagen zitiert die „Welt am Sonntag“, als Beweis für den Irrweg der Hochschulen die Uni-Vizepräsidentin Tanja Brühl mit dem Worten: "Ich freue mich, dass das universitäre Bekenntnis zur Friedfertigkeit in der Goethe-Universität einen so großen Widerhall findet." Seit Dezember 2013 ist die Zivilklausel Bestandteil der offiziellen Drittmittelanzeige der Goethe-Universität.

• **Freiburg:** Die seit vielen Jahren von der Friedensbewegung angeprangerte Einbindung der Uni in die Rüstung am Bodensee führte im Mai 2012 zu einem u-AStA-Podium „Forschung für den Krieg? Wissenschaftler müssen Verantwortung übernehmen!“. Im November 2012 versprach die Uni der Studierendenvertretung in einer öffentlichen Senatssitzung die Aufnahme einer Zivilklausel im Kontext mit der Grundordnungsänderung im Frühjahr 2013. Zitat u-AStA zum Umfeld: „Leider will Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) von einer Zivilklausel nichts mehr wissen. Hier sieht man wieder einmal, was sie von ihren eigenen Wahlversprechen hält.“ Im Januar 2014 war es dann soweit. Der Senatsbeschluss wird vom u-AStA nicht als vollwertige Zivilklausel gesehen. Immerhin gebe es eine Berichtspflicht. Der Beschluss sei dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser selbstbewusst-kritischen AStA-Distanz stellt die Presse eine Unmenge von beschönigenden Berichten entgegen. Im Juni 2014 berichtet das Campus-Portal der Studierenden über sechs militärische Uni-Projekte in den Jahren 2000-2002. In Wesentlichen unbekannt. Die Uni-Leitung versteht offenbar die Zivilklausel-Berichtspflicht nicht als Aufklärungspflicht. Der AStA versucht weiter, die Zivilklausel klarer zu formulieren und Sanktionsmechanismen einzubringen.

• **Gießen:** Der Arbeitskreis Zivilklausel der Justus-Liebig-Universität engagiert sich seit Jahren mit Aufklärung und Podien und plant eine Urabstimmung für die Zivilklausel. Eine umfangreiche Webpräsenz informiert über die bundesweite Bewegung und die Uni-Militärforschung für „wehrmedizinische“ Zwecke. Durch Teilnahme an der Aktionswoche 2012 „Ja zur Zivilklausel“ konnten neue Mitglieder gewonnen werden.

• **Göttingen:** Seit Mitte 2011 ist der AStA der Universität im Gespräch über die Zivilklausel mit der neuen Uni-Präsidentin Ulrike Beisiegel, das im Februar zu dem zitierten Ergebnis geführt hat. Die auch in einem Podium geforderte Aufklärung über nachgewiesene frühere „wehrmedizinische“ Forschung der Uni gibt es bis heute nicht, trotz ausgewiesener Fachkompetenz der Präsidentin. Was bedeutet das für Transparenz und Einhaltung der Zivilklausel? Ende 2012 gab es eine bedeutsame Konferenz an der Uni mit dem AStA als Gastgeber über „Sicherung der Welternährung und Armutsbekämpfung als Herausforderung für Frieden und Nachhaltigkeit“. Im Februar 2013 hatte der Senat der Georg-August-Universität Göttingen die Zivilklausel beschlossen. Die Forderung nach einer Aufarbeitung der früheren „wehrmedizinische“ Forschung wurde vom AStA nicht unterstützt. Was Wunder, dass entgegen der Zivilklausel weiter für das Militär geforscht wird, z.B. an der Zersetzung chemischer Kampfstoffe. Die Uni erhielt 2013 für Forschungsprojekte 70.000 EURO vom BMVg.

• **Hamburg:** Der erzwungene Rücktritt von Uni-Präsidentin Auweter-Kurtz („Raketen-Moni“) wurde 2009 zu Recht als Sieg der Demokratie angesehen. Die Streikaktion aller Hamburger Hochschulen Ende 2011 zur Abschaffung der Studiengebühren war der Mutmacher aus dem Norden. Der dominierende Einfluss der Waffenschmiede ThyssenKrupp Marine Systems auf die Hochschulen hält an. Ein AStA-Podium WANN mit Vertretern von Rüstungsfirmen platzte nicht nur wegen deren kurzfristiger Absage. An der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) setzen sich Studierende des Referats Hochschulpolitik gegen Rüstungsforschung und für die Zivilklausel ein. Im Oktober 2014 gab es dort einen Zivilklausel-Zukunftskongress „Für eine Wissenschaft und Kultur des Friedens“.

• **Halle-Wittenberg:** 2011 gab eine Veranstaltungsreihe der GEW und des SDS der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg über „Militarismus und antimilitaristische Perspektiven“ mit den Themen „Krieg und Ökonomie – Ursachen gesellschaftlicher Militarisierung“ und „Rüstungsforschung und Zivilklausel“. Nach einer Pause haben sich die Studierenden wieder aufgerufen. Auf Einladung des AK Zivilklausel beim StuRa der MLU gab es im November 2014 eine Infoveranstaltung mit MdB Nicole Gohlke zur Unterstützung für die Forderung nach Einführung einer Zivilklausel.

• **Hannover:** Seit 2009 gibt es studentische Aktionen gegen Rüstungsforschung an der Leibniz Universität, die sich in „guter Gesellschaft“ mit der TU Braunschweig und der TU Clausthal-Zellerfeld befindet. Die Uni

unterwirft ihre Militärforschungsprojekte ungeniert der Geheimhaltung. Die Hannoveraner Friedensbewegung ist hochengagiert und war im März 2013 Gastgeber eines bundesweiten „Drohnen“-Vernetzungstreffens.

• **Heidelberg:** Die Heidelberger Friedensbewegung war im Februar 2010 Gastgeber der Konferenz „Kooperation für den Frieden“ über Militarisierung nach innen und außen, in der im AK „Rüstungsforschung an Hochschulen“ neun Thesen zur Zivilklausel behandelt wurden. Gelegentliche Ansätze an der Uni sind trotz deren Einbindung in „Wehrmedizin“-Forschung noch nicht zum Zuge gekommen. Im April 2013 gab es ein Podium der Grünen LAG Hochschule Baden Württemberg zur Forschungsfreiheit mit viel Prominenz und BdWi-Vertreter Torsten Bultmann. Von CampusGrün an der Uni ging im Juli 2013 eine vorbildliche gemeinsame Stellungnahme der Hochschuljugend der beiden Regierungsparteien aus, mit Erinnerung an die Wahlversprechen, mit der Forderung nach Zivilklauseln für alle BaWü-Hochschulen sowie Zivilklauseln im Landeshochschulgesetz und im KIT-Gesetz. Seitdem nichts mehr zu hören.

• **Ilmenau:** Vom Akademischen Senat der TU war 2010 für das Leitbild eine Zivilklausel beschlossen worden. Im Dezember 2013 hatte der TU-Rektor in einem Presse-Interview zur nachgewiesenen Beteiligung der TU an Pentagon-finanzierten Forschungsprojekten ungeniert erklärt, dass das Leitbild mit Zivilklausel bedeutet, dass die TU nicht an „direkten Rüstungsprojekten“ arbeiten könne, wohl aber NATO-Gelder annehmen dürfe. Von einem Protest des AStA und der Studierenden ist nichts bekannt geworden.

• **Jena:** Im Mai 2007 hatte der Senat in die Grundordnung das „friedliche Zusammenleben“ geschrieben. Im Mai 2011 verorteten Studierende der Friedrich-Schiller-Universität aufgrund eines Vortrags die Zivilklausel bundesweit als „ein zartes Pflänzchen“ der pazifistischen Universität der Zukunft. Im Mai 2012 beschließt der Studierendenrat einstimmig die Einführung einer Zivilklausel. Kurz davor scheiterte leider der Antrag auf eine Urabstimmung an der erforderlichen 2/3-Mehrheit. Im Juni 2013 wird der Trägerkreis "Rüstungskonversion Jena" gegründet, der Licht in die Rüstungsproduktion in Jena bringen soll und der für Rüstungskonversion und eine Zivilklausel an der Uni eintritt. Im November 2014 gab es eine Veranstaltung zum Rüstungsatlas Thüringen, veranstaltet vom AK Zivilklausel beim StuRa der FSU zusammen mit RLS Thüringen, Trägerkreis Rüstungskonversion und Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag.

• **Karlsruhe:** Witzigerweise in einer der konservativsten Ecken der Republik wurde mit der erfolgreichen Urabstimmung der Studierenden der Universität im Januar 2009 mit 63 % für die Zivilklausel ein Friedenszeichen gesetzt, dessen geschichtliche Bedeutung wohl erst spätere Generationen bewerten können. Die in diesem Zusammenhang entstandene „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ hat seitdem regelmäßig Aktionen für die Umsetzung des Anliegens unternommen, nicht zuletzt eine Zivilklausel-Tagung im Juni 2012 am KIT, die in der Streitschrift „Jetzt entrüsten!“ im Stuttgart AnStifter-Verlag Peter Grohmann dokumentiert wurde. Das KIT-Präsidium hat das alles ausgesessen, früher unterstützt von Schwarz-Gelb, heute entgegen Wahlversprechen von Grün-Rot. Das alles wird ebenso wie die bundesweite Zivilklausel-Bewegung in der pdf-Dokumentation bei stattweb.de online verfügbar gemacht. Daraus drei Stichworte von Mai 2013 (1) Keine Doppelberufung KIT / IOSB (militärisches Fraunhofer-Institut), (2) Aberkennung der KIT-Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld (Atommanager, Antisemit und Alt-Nazi) und (3) Symposium für Oktober 2013 für das Greifeld-Opfer Leon Gruenbaum mit Einladung an Beate und Serge Klarsfeld aus Paris. Die später aufgedeckten Pentagon-Projekte waren wie überall „Reine Grundlagenforschung“. Das kann von der Ende 2014 bekannt gewordenen zivil-militärischen KIT-Atomforschung (hoch geeignet für Atom-U-Boote) beim besten Willen nicht behauptet werden. Das verstößt selbst gegen die im KIT-Gesetz verankerte Teilzivilklausel für Großforschungsaufgaben. Die Grüne Bundestagsfraktion hat Konsequenzen verlangt. Ministerin Wanka, KIT-Präsident und MP Kretschmann bestreiten bzw. schweigen.

• **Kassel:** Im Januar 2013 hatten die Studierenden der Universität Kassel sich in einer Urabstimmung mit 72 % für die Aufnahme einer Zivil- und Transparenzklausel in die Grundordnung votiert. Der AK Zivilklausel ist und war vielfacher Gastgeber von bundesweiten Zivilklausel-Vernetzungstreffen. Seit 2011 ist die Zivilklausel Gegenstand der Beratungen im Kasseler „Friedensratschlag“. Ab Juli 2012 wurde sie auf Studi-Antrag Bestandteil der "Orientierung für Professorinnen und Professoren". Das genügt der Uni-Leitung, nicht aber den Studierenden. Warum hat der Uni-Rektor den Uni-Leaks-Briefkasten des AStA als Denunziations-Möglichkeit bezeichnet? Bangemachen vor der befürchteten Aufdeckung der Kraus-Maffei-Connections? Der AStA hat nicht locker gelassen. Im Dezember 2013 stimmte der Senat für die Zivilklausel, aber gegen die damit von den Studierenden verknüpfte Transparenz-Klausel. Ein „Schwarzer Tag für den Frieden“ mit einem beschlossenen „Papiertiger“. Eine interessante Folge: Zwei AktivistInnen sind bei allen größeren und kleineren Zivilklausel-Tagungen dabei und berichten über diese mit Abstand fortschrittlichsten Bemühungen um eine verbindliche Friedensbindung.

• **Kiel:** Im Juni 2013 hatten die Studierenden der Carl-Albrecht-Universität Kiel in einer AStA-Befragung mit 73 % für die Aufnahme der Zivilklausel in die Grundordnung votiert. Diese hat einen riesigen Pressewirbel verursacht, wohl nicht zuletzt aufgrund der breitflächigen Kontamination der Uni mit Militärforschung aller

Art und den unsäglichen Reaktionen des Direktors des Instituts für Politikwissenschaften Michael Krause. Dessen Bezeichnungen gegen die Zivilklausel-Bewegung gipfeln in der Gleichsetzung mit der Juden-Verfolgung durch die Nazis. Er schreckt nicht vor der Diffamierung von geachteten Institutionen des Antimilitarismus und Antifaschismus zurück. Im Juli 2014 dementierte der Uni-Präsident die Verstrickung der Uni in Rüstungsforschung, obwohl diese seit 2010 2 Mio. € an Bundeswehr-Drittmitteln eingenommen hat. Lächerlich und verächtlich. Der AStA erneuerte seine Forderung: „CAU hat Zivilklausel bitter nötig!“ Mit sechs erfolgreichen Urabstimmungen und zwei Dutzend Zivilklauseln an Hochschulen ist ein empfindlicher Nerv der herrschenden Militarierungspolitik getroffen worden. In einer historischen Replik auf „die Kriege, ihre Feldherren, ihre Propagandisten und ihre Professoren“ in der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2015 wurden Krause und Daxner von Otto Köhler als Beispiele für professorale "Früchtchen" der Kriegspolitik benannt.

- **Koblenz:** Im April 2013 kam es an der Hochschule Koblenz zu einem zivilcouragierten Offenen Brief an den Präsidenten unter dem Titel „Kommen Sie als Bürger ihrer Pflicht zum Frieden nach!“ Der Verfasser, Professor Michael Wolf vom Fachbereich Sozialwissenschaften, forderte Friedens-Finalität an der Hochschule statt Beihilfe für Interventionskriege und eine Zivilklausel statt Bundeswehr-Werbung und Rüstungsforschung. Wozu dieser mutige Ansporn an die Adresse der Studis und der KollegInnen geführt hat, ist nicht bekannt geworden.

- **Koblenz-Landau:** Ende Juni 2013 gab es an der Universität Koblenz-Landau ein Podium zum Thema "Militär auf dem Vormarsch - Bundeswehr und Hochschule - Distanz oder Kooperation?" mit Clemens Albrecht (Prof. im Institut für Soziologie der Uni) und Hans-Jörg Kreowski (Prof. Theoretische Informatik der Uni Bremen, FlFF). Albrecht erwies sich als ausgefuchster Polemiker. Die Friedensleute saßen da wie die Kaninchen vor der Schlange. Leider ein nicht untypischer Ausschnitt aus der Wirklichkeit. Dabei war im Vorfeld veröffentlicht worden, dass die Uni einen Bundeswehr-Forschungsauftrag für Kampfroborer bearbeitet.

- **Köln:** Der seit Jahren kontinuierlich tätige und innovative AK Zivilklausel der Universität konnte im Dezember 2010 nach Karlsruhe im Januar 2009 eine zweite erfolgreiche Abstimmung mit 65 % Zustimmung für die Zivilklausel durchsetzen. Ende 2012 hatte eine Vollversammlung mit ca. 500 Studierenden, Lehrenden und MitarbeiterInnen eine Resolution für eine demokratische Hochschulreform und für eine Zivilklausel in die Grundordnung aufgenommen. Mitte Juli scheiterte die Abstimmung darüber im Senat mit deutlicher Mehrheit und abenteuerlichen Thesen über Wissenschaftsfreiheit, Völkerverständigung und Humanisierung. Der AK macht weiter und fordert zur Neureflection, u.a. für eine Zivilorientierung im Leitbild der Uni auf. Stichwort Innovation: Der AK hat die bundesweite Unterschriftensammlung „Lernen für den Frieden“ der Initiative „Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel“ auf den Weg gebracht. Für Anfang März 2015 lädt der AK Zivilklausel zu einem NRW-weiten Treffen ein, in dem gemeinsam bewertet werden soll, wie aufgrund des NRW-Hochschulzukunftsgesetzes mit Friedensklausel vom September 2014 mit der Überarbeitung der Grundordnungen vorgegangen werden soll.

- **Konstanz:** Im Kontext mit den Auseinandersetzungen am KIT Karlsruhe konnte im März 2010 die in Vergessenheit geratene, 1991 vom Großen Senat der Universität beschlossene Zivilklausel ausgegraben werden, wonach „Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird.“ Die damalige Landesregierung hatte es nicht gewagt, die gegen ihren Willen beschlossene angeblich „verfassungswidrige“ Zivilklausel zu beseitigen. Die EADS-Rüstungssparte Cassidian rühmt sich der engen Kooperation mit der Uni. Und deren Rektor Ulrich Rüdiger erklärt, selbstredend würde die Zivilklausel eingehalten und Rüstungsprojekte und geheime Forschungen seien bei der Kooperation ausdrücklich ausgenommen. Die Grün-Rote Landesregierung schaut zu. Der AK Zivilklausel der Uni hat entschiedene externe Unterstützung verdient.

- **Lübeck:** Das AStA-Magazin der Uni "StudentenPack" setzte sich im April 2013 unter dem Titel „Friedens-tauben und Kampfjets“ mit der Frage auseinander: „Dürfen Hochschulen für den Krieg forschen?“ Die Debatte um Forschung mit militärischem Hintergrund sei komplex und werde leider oft zu leicht abgetan. Es wird von „zahnlosen Zivilklauseln“ gesprochen und von „kognitiven Dissonanzen“. Schlussfolgerungen sind bis heute nicht bekannt.

- **Lüneburg:** Im November 2013 verabschiedete der Senat der Leuphana Universität Leitlinien. Die Präambel enthält einen Passus, der als Zivilklausel angesehen werden kann. Dass den Studierenden das nicht genügt, kann dem StuPa-Beschluss vom September 2014 „Aufbruch zu einer demokratischen Hochschule ohne unternehmerische Zwänge!“ entnommen werden: „Wissenschaft trägt Verantwortung für eine friedliche, demokratische, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Um diesen elementaren Grundsatz nicht umgehen zu können, ist eine verbindliche Zivilklausel an Hochschulen und im Landesgesetz unabdingbar. Eine Zivilklausel verpflichtet Hochschulen, ausschließlich für zivile und

friedliche Zwecke zu forschen. ... Externe Kooperationen und Forschungsprojekte sollen durch einen Ethik-Beirat daraufhin überprüft werden, ob diese friedlichen und sozial, kulturell, ökologisch und politisch nachhaltigen Kriterien genügen. Wenn dies nicht der Fall ist, soll keine Kooperation stattfinden, um Missbrauch sowie ethisch untragbare Forschung konsequent zu unterbinden. Das Studierendenparlament tritt für eine Transparenzklausel an der Hochschule und im Hochschulgesetz ein und setzt sich mit den Kooperationen an der Universität auseinander.“

- **Leipzig:** Im Magazin „student!“ der Universität konnte man im Juni 2013 den Titel lesen „Rüstungsfreiheit - Leipzig beteiligt sich nicht am Trend zu Zivilklausel“. Recht so: Eine nüchterne Lagebetrachtung ist der Anfang von Allem. Im Sommer 2011 hatte sich der StudentInnenRat für eine verbindliche Zivilklausel ausgesprochen. Und nicht von Pappe war die Reaktion der Studierenden auf die Nikolausvorlesung des Bundesverteidigungsministers letztes Jahr in der Uni. „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“, tönte minutenlang der Sprechchor im Hörsaal 3. Ein ermutigendes Signal, das den oben geschilderten Protest an der HU Berlin beflügelt haben wird. Der StuRa bleibt bei seiner Zivilklausel-Forderung. Die Uni-Leitung lehnt ab. Vertreter der Studierenden berichteten im Januar 2015 im Zivilklausel-Arbeitstreffen, dass eine neue Arbeitsgruppe gebildet wurde, die Bewusstsein schaffen und eine Hochschuldebatte auslösen soll.
- **Mainz:** Im Juli 2013 wurde „30 Jahre Mainzer Appell“ zelebriert, die NaturwissenschaftlerInnen-Warnung vor der Stationierung neuer Atomwaffen. Prominentes Podium mit Hans-Peter Dürr und Sybille Brosius, weiteren damals Aktiven, aber absolut schwacher Studi-Beteiligung. Mainz war die Geburtsstunde von NatWiss, deren genuine auf das Heute bezogene Arbeit die Zivilklausel ist. Im November 2010 gab es an der Uni das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-HSGen, Dort wurde zur Verankerung von Zivilklauseln in Bundes-, Landeshochschulgesetzen und Verfassungen bzw. Grundordnungen der Hochschulen beschlossen: „Das Engagement der Studierenden und der Gewerkschaften am KIT für die Verankerung einer Friedensbindung ist eine perspektivbildende Ermunterung.“ Im Dezember 2013 forderte die CampusGrün an der Uni in einem Positionspapier die Zivilklausel landesweit. Im September 2014 wurde bei einem AStA-Treffen mit dem kochschulpolitischen Sprecher der Grünen Landtagsfraktion über die gesetzliche Verankerungen einer Zivilklausel und über ein Transparenzgesetz gesprochen. Der AStA wollte ähnliche Gespräche mit Politiker*innen aller Landtagsfraktionen fortführen.
- **Mannheim:** Die AStA-Beauftragten für Hochschulpolitik beschäftigen sich auch mit der Zivilklausel für die Uni. Begründung: „In Zeiten anhaltender bewaffneter Konflikte spielen Krieg und militärische Eingriffe in Politik und Forschung eine große Rolle. Wir setzen uns daher für die Einführung einer Zivilklausel an der Uni Mannheim ein. Damit wollen wir zum einen die Transparenz bei Forschungsaufträgen erhöhen und ein Zeichen für ein friedliches Miteinander setzen.“
- **Marburg:** Der Jurist Hans-Detlef Horn an der Philipps-Universität machte Ende 2012 seine umwerfende Analyse öffentlich, dass die Zivilklausel „Friedensextratismus“ und „imperialistischer Pazifismus“ sei. Wolfgang Abendroth hat sich vernehmlich im Grab umgedreht. An der Uni lehrt auch der Altmeister der früheren Rüstungsforschungs-Gegenwehr Rainer Rilling, der die bekannte Zivilklausel-Dokumentation bei stattweb.de als „die ausreichende (!!) und ständig aktualisierte Quelle zum Thema Zivilklausel“ ansieht. Von den Studis hört man nichts zur Zivilklausel. Das muss nicht so bleiben. Wie überall gibt es massive andere Probleme. Die Studis hatten Mitte 2013 drei Tage lang aus Protest gegen die Wohnungsnot eine ehemalige Klinik besetzt.
- **München:** Die TU und die Ludwig-Maximilians-Universität sind seit langer Zeit in Rüstungsforschung eingebunden, z.B. in den zivilmilitärischen Forschungskomplex CoTeSys zusammen mit der Bundeswehr-Universität. Derzeit wird in Ottobrunn auf dem Gelände einer ehemaligen NS-Versuchsanstalt der militärisch-industrielle Forschungskomplex BICAS für autonome "hochautomatisierte" Kampfdrohnen aufgebaut. Seit 2010 bemühen sich die ver.di-Betriebsgruppen der LMU und der TUM um Aufklärung und Gegenwehr. Diese stetige Mühe mündete im Juni 2013 in einem gut besuchte Podium „Widerstand in Bayern bündeln!“ von ver.di und GEW Bayern mit den Forderungen „Zivilklausel verankern. Kooperationsvereinbarung kündigen.“. Ein wesentliches Ergebnis ist der Aufbau einer bayernweiten Zivilklausel-Vernetzung.
- **Münster:** Paukenschlag im Juli 2013 an der Westfälischen Wilhelms-Universität mit dem einstimmigen Senatsbeschluss für eine Zivilklausel. Der AK Zivilklausel beim AStA der Uni arbeitet seit 2011. Jörg Rostek erklärt, der Zivilklausel-Text sei weniger weitgehend als von den Studis beantragt, werde aber als großer Schritt in die richtige Richtung angesehen. In der Vergangenheit habe es „wehrmedizinische“ Projekte mit der Bundeswehr gegeben. Mit der Zivilklausel solle dafür gesorgt werden, daß keine Kriegsforschung mehr stattfindet. Ziel müsse es weiter sein, die Zivilklausel in das Hochschulzukunftsgesetz Nordrhein-Westfalen zu integrieren, damit diese nicht an jeder Universität einzeln erstritten werden muss.

- **Paderborn:** Im November 2011 hatte die Grünen Hochschulgruppen an der Uni zusammen mit anderen (s. Duisberg-Essen) eine landesweite Zivilklausel gefordert, die jede Militär- und Rüstungsforschung und Kooperation mit Rüstungsunternehmen ausschließt.
- **Potsdam:** Die Universität ist mit „Military Studies“ zum Symbol-Ort für kriegsfördernde zivilmilitärische Zusammenarbeit geworden. Der 2007 eingerichtete Masterstudiengang im Bereich sozialwissenschaftlicher Militärforschung wird zur Hälfte durch die Bundeswehr getragen. Hier wird gemäß Weißbuch der Bundeswehr die „Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ exemplifiziert, d.h. die neudeutsche Kriegspolitik nach außen und innen. Die jahrelange aktive Gegenwehr des AStA hat zu einer beachtlichen regionalen Vernetzung, der „Brandenburg-Berliner Initiative für Zivilklausel gegen Rüstungs- und Militärforschung“ beigetragen. Im November 2013 forderte der AStA eine Drittmittel-Transparenz und eine Zivilklausel für die Uni. Im Mai 2014 war der AStA Gastgeber einer international besetzten Friedenskonferenz „100 Jahre 1. Weltkrieg - Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden - Militarismus und Militarisation von Wissenschaft und Forschung damals und heute“. Im Januar 2015 bemängelte der AStA das Fehlen der laut Landesgesetz 2014 zu bildenden Ethikkommission zur Überprüfung von militärischen Forschungsvorhaben.
- **Oldenburg:** In Auswertung ihrer NatWiss-Umfrage von Mitte 2010 berichtet Natascha Bisbis zur Zivilklausel der Carl-von-Ossietzky-Universität von 2007 über Verstöße, wonach WissenschaftlerInnen des sozialwissenschaftlichen Instituts Strategien für westliche Militärinterventionen in Entwicklungsländern entwickeln. In das von Michel Daxner geleitete "Netzwerk Interventionskultur" seien auch die Uni Marburg, der SFB 700 der FU Berlin und der Studiengang "Military Studies" an der Uni Potsdam beteiligt. Dieser Verstoß gegen die Zivilklausel hat niemanden an der Universität mit dem Namen eines international hoch geachteten Nazi-Opfers gestört, auch nicht einen friedens- und umweltbewegten Uni-Prof.
- **Regensburg:** VertreterInnen des AStA der Universität Regensburg und der „Initiative Friedliche Uni Augsburg“ haben aufgrund des ersten bayernweiten Vernetzungstreffens zur Zivilklausel im Rahmen der von ver.di und GEW organisierten Tagung Ende Juni in München die Initiative für einen konstituierenden Vernetzungstermin im September ergriffen. Hieran beteiligten sich Aktive aus Augsburg, Erlangen, München, Nürnberg, Würzburg und Regensburg.
- **Rostock:** Das Konzil der Universität beschloss im Juni 2011 eine Zivilklausel sehr ähnlich der Tübinger, die bisher einzige in Mecklenburg-Vorpommern. Im März 2013 haben die Grüne und Linke des Landes den Ausstieg der Hochschulen aus der Rüstungsforschung gefordert. Alle Lehr- u. Forschungseinrichtungen sollten Zivilklauseln abschließen. Im Januar 2014 wird aufgrund eines NDR-Bericht ein Uni-Minensuch-Projekt mit Bundeswehrfinanzierung bekannt. Die Uni sieht wegen des „humanitären Charakters“ keinen Widerspruch zur Zivilklausel, obwohl Minenräumung Teil militärischer Auseinandersetzungen ist. Im August 2014 wird die Uni-Kooperation mit BND und Bundeswehr bei der Internet-Überwachung bekannt, obwohl die Berufung von Edward Snowden zum Ehrendoktor läuft. Diese Ehrendoktor-Farce ist inzwischen beendet. Alle benannten Verstöße bleiben vonseiten der studentischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen im Wesentlichen nicht moniert.
- **Tübingen:** Auf Initiative der Studierenden der Universität im Bildungsstreik hatte der Senat Ende 2009 eine Zivilklausel als Präambel zur Grundordnung beschlossen, die im September 2010 rechtskräftig mit Zustimmung derjenigen Landesregierung geworden war, die die Klausel als verfassungswidrig bezeichnet hatte. Die erste Zivilklausel neueren Datums, ein mächtiger Impuls und Meilenstein mit widersprüchlichen Folgen. Bereits Ende 2010 wurde federführend vom Institut für Politikwissenschaften der Kriegsbefürworter Wolfgang Ischinger (Münchener NATO-Sicherheitskonferenz) zum Honorarprofessor bestellt. Dessen Antrittsvorlesung im Mai 2011 konnte als NATO-Handstreich gegen die Uni verstanden werden. Mittels einer aufwändigen Ringvorlesungsreihe wurde von eben jenen Politikwissenschaftlern die Zivilklausel in eine Friedensklausel umgetauft, die mit Forschung und Lehre für die Bundeswehr vereinbar sein soll. Der früher aktive örtliche Protest mit IMI e.V. an der Spitze ist eingeschlafen. Die WELT stellte 2013 unter dem Titel „Im Seminar des »Kriegstreibers«“ voller Stolz fest, dass Ischinger Honorarprofessor ist. Daran hat sich bis dato nichts geändert.
- **Trier:** Im Januar 2012 teilte der AStA mit, dass an der „Karl-Marx-Universität“ kein Platz für Kriegspropaganda und Bundeswehr und für zivilmilitärische Politikwissenschaft ist. Er forderte die Selbstverpflichtung mittels einer Zivilklausel. Im Oktober 2014 konnte der AStA zur Internationalen Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung Carsten über Aufklärungserfolge zur Zivilklausel und Gespräche mit der Uni-Leitung über Transparenz bei Drittmittelprojekten. Beigetragen hatten dazu mehrere Vorträge von Peer Heinelt. Im Februar 2015 bekräftigte die neue AStA-Vorsitzenden den Namensvorschlag „Karl-Marx-Universität“ verbunden mit der Unterstützung der Zivilklausel und der Planung einer Urabstimmung unter den Studierenden über den Namensvorschlag.

- **Siegen:** Der AStA der Universität hat im Juli 2013 eine Projektstelle Zivilklausel ausgeschrieben wie schon der Düsseldorfer AStA im Februar. Aufgaben: Planung und Durchführung einer Veranstaltungsreihe zum Thema, Vernetzung, besonders auf Landesebene, mit anderen Zivilklauselgruppen. Sammeln, Aufbereiten und Verbreiten von Informationen über Rüstungsforschung an der Uni sowie Kooperationen mit Unternehmen, die in irgendeiner Weise mit Rüstung zu tun haben. Übrigens: Der Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaftler Clemens Knobloch an der Uni engagiert sich gegen die unternehmerische Hochschule und wirkte an einem Podium Ende 2012 an der Uni Köln mit. Dort ging es um die Aufdeckung der Uni-Kooperationsverträge mit der Bayer AG. Im Februar 2014 setzte sich der AStA in einer Stellungnahme zum NRW-Hochschulzukunftsgesetz für die Zivilklausel und die Vollfinanzierung der Uni ein.
- **Stuttgart:** Die Universität war federführend für die hiesige Version des gescheiterten Reagan'schen SDI-Programms, woran viele WissenschaftlerInnen per Unterschrift eine Beteiligung verweigerten. Nun ist die Uni traditioneller Forschungspartner des deutsch-europäischen Rüstungsgiganten EADS. Dagegen konstituierte sich 2010 ein AK Zivilklausel, der aber nicht mehr aktiv ist. Nach einer Pause von vier Jahren hat sich im Dezember 2014 der Arbeitskreis UNI von Unten (UvU) gegründet. Die Hochschulgruppe UvU will sich mit Militarisierung und Kriegsforschung an der Uni befassen.
- **Weingarten:** Im Februar 2015 hat die Pädagogische Hochschule in Südbaden eine Zivil-/Friedensklausel in der Präambel der Grundordnung beschlossen. Dem war eine seit 2013 geführte Aufklärungsaktion des Erziehungswissenschaftlers und PH-Profes Gregor Lang-Wojtasik zusammen mit anderen PH-Mitstreitern vorausgegangen. Der Text ist wesentlich allgemeiner als gefordert. Nun gelte es, mit langem Atem den damit verbundenen Friedensauftrag erfüllen, erklärte der Erziehungswissenschaftler. Das Reizvolle an dieser Klausel ist die Brückenfunktion, mit der der Friedenauftrag gleichermaßen über die künftigen LehrerInnen an die Schulen vermittelt werden kann. Das ist gerade in Baden-Württemberg von Bedeutung, wo vom SPD-Kultusminister die Kooperationsvereinbarung Schulen/Bundeswehr fortgeführt wurde.
- **Würzburg:** Der studentische Konvent hatte sich im Mai 2013 für die Einführung einer Zivilklausel ausgesprochen. Nachdem Pentagon-Forschungsprojekte an der Uni bekannt wurden, unterstrichen die Studierenden ihre Forderung gegenüber der Hochschul-Leitung. Diese sperrt sich weiter gegen eine Zivilklausel. Die schon angesprochene bayernweite Vernetzung führte im November 2013 zur Gründung des „Bayerischen Bündnisses für zivile Bildung und Wissenschaft. Die Augsburgers äußerten die Hoffnung, dass Würzburg und Erlangen-Nürnberg als erste Universitäten Bayerns auf Militärforschung verzichten.
- **Wuppertal:** Im November 2011 hatte die Grünen Hochschulgruppen an der Uni zusammen mit anderen (s. Duisberg-Essen) eine landesweite Zivilklausel gefordert, die jede Militär- und Rüstungsforschung und Kooperation mit Rüstungsunternehmen ausschließt.

Zusammenfassung

Die Zivilklausel-Aktivitäten an 55 Hochschulorten mit 60 Hochschulen wurden beschrieben, darunter 19 mit Zivilklausel. Die wichtigste Quelle war die Web-Doku <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> speziell

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19275>

24.07.13 "Ein Gespenst geht um ..." Vorläuferversion mit 43 Hochschulorten,

http://natwiss.de/fileadmin/user_upload/Zivilklauseln_an_Universitaeten_Sommer_2013.pdf

Sommer 2013 Texte von 14 Zivilklauseln

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140218.pdf>

18.02.14 Texte von 16 Zivilklauseln

<https://www.freitag.de/autoren/michael-schulze-von-glasser/zivilklauseln-in-deutschland>

02.06.14 mit Status von 47 Hochschulen

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20882>

16.10.14 Zivilklausel-Verstöße: Was tun?

<http://zivilklausel.de/index.php/bestehende-zivilklauseln>

Liste Zivilklauseln nach Datum und 33 Initiativen vor Ort